

Themen in dieser Ausgabe:

- Seite 2: Verkehrsverbände für einheitlichen Tarif
- Seite 2: Raumordnungsverfahren kontra GEP-Verfahren
- Seite 3: Konzentrationszonen für Windenergieanlagen
- Seite 3: Fortschreibung des ÖPNV-Landesprogramms



Juli 2003 - Ausgabe 8

CDU
im Regionalrat Köln

CDU - FRAKTION IM REGIONALRAT DES REGIERUNGSBEZIRKES KÖLN
RRK - Regionalrats-Report Köln

BoA-Kraftwerksstandort Bergheim-Niederaußem

Regionalrat gegen Änderung des Gebietsentwicklungsplanes

Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln hat das nötige GEP-Änderungsverfahren zum Bau von weiteren BoA-Kraftwerksblöcken am Standort Bergheim-Niederaußem nicht eingeleitet.

Die Fraktionen von CDU, DIE GRÜNEN und FDP machten in der Debatte deutlich, dass es noch erheblichen Klärungsbedarf gäbe.

Die Fragen des Regionalrates zum Verfahren sind von der RWE Rheinbraun AG (Stillelegung, Abriss, Neubau; RRK berichtete)

noch immer nicht beantwortet worden.



“Solange unsere Fragen nicht lückenlos beantwortet sind, werden wir keinem Einleitungsbeschluss zustimmen“, macht Stefan Götz, Vorsitzen-

der der CDU Fraktion, deutlich, “nun ist RWE Rheinbraun am Zug“.

Inhaltlich unterstützt die CDU das Kraftwerkerneuerungsprogramm.

Durch die GEP-Änderung würde Rheinbraun Planungssicherheit für die nächsten 10 Jahre bekommen. Vorab muss es aber darum gehen, dass vor allem die Bürger, die durch die Erweiterungsabsichten mit erheblichen zusätzlichen Belastungen zur rechnen haben, auch Planungssicherheit in Bezug auf Ihre Situation bekommen.

Liebe Leserinnen,

liebe Leser,

das ‚Neue Rheinland‘ kommt. Seit vielen Jahren fordert die CDU in NRW eine Neustrukturierung der Bezirksregierungen, Landesmittelbehörden usw., um an deren Stelle durch die Schaffung von drei Regionalverbänden (Rheinland, Ruhrgebiet, Westfalen) die Verwaltung zu modernisieren und Bürokratie abzubauen.

Auch die Zusammenlegung der Regionalräte und Landschaftsverbände in diesen neuen Gebietsabgrenzungen und somit die Schaffung von drei regionalen Parlamenten mit gebündelten Zuständigkeiten ist sinnvoll und wird das

politische Denken in regionalen Zusammenhängen verstärken.

SPD und Grüne in NRW haben sich in ihrer letzten Vereinbarung endlich der generellen Forderung der CDU nach der Schaffung von drei Mittelinstanzen angeschlossen.

Es reicht jedoch bei weitem nicht aus, die Zahl der Bezirksregierungen nominell von fünf auf drei zu verringern und die “abgeschafften“ Bezirksregierungen zu Außenstellen zu erklären.

Nur mit grundlegenden Reformen und der Verlagerung von Kompetenzen nach dem

Subsidiaritätsprinzip auf die Kommunen und das ‚Neue Rheinland‘ als Regionalverband können die Ziele des Bürokratieabbaus, der Verwaltungsmodernisierung und der Schaffung einer effizienten regionalen Struktur erreicht werden.

Ihr

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Neues Preiskonzept im nordrhein-westfälischen ÖPNV in Planung Verkehrsverbände wollen einheitlichen Tarif anbieten



Einheitlicher Tarif in NRW...

...soll Anreiz zur
Nutzung öffentlicher
Verkehrsmittel werden...

Die neun Verkehrsverbände und Verkehrsgemeinschaften in Nordrhein – Westfalen wollen bis Anfang des Jahres 2005 einen gemeinsamen Tarif für verbundraumüberschreitende Fahrten anbieten.

Seit April 2002 tagt hierzu eine Arbeitsgruppe, die ein Konzept entwickeln soll. Erste Erfolge wurden bereits mit dem NRWplus und dem SchönerTagTicket NRW erreicht.

Der Verkehrsverbund Rhein Sieg (VRS) arbeitet bereits intensiv an einer Reform seines Tarifsystems, dass Pilot-

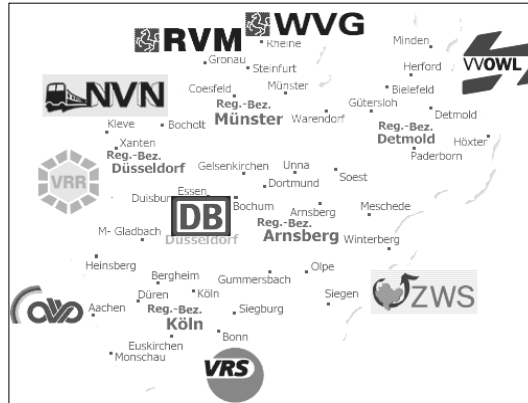
funktion für den NRW Tarif haben könnte. Walter Reinarz, Geschäftsführer der VRS GmbH, machte

oft nicht mehr nachvollziehbar sei.

Statt der bisherigen 170 Tarifzonen im VRS soll es zukünftig nur noch kommunale Zonen geben, die entlang der Stadtgrenzen verlaufen.

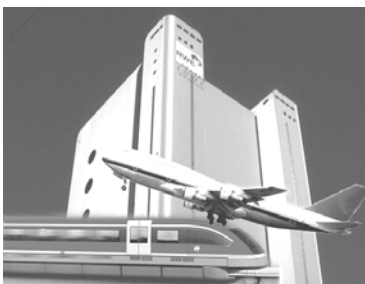
So soll dann für Aachen, Köln und Bonn jeweils nur noch ein Tarif gelten und nicht wie bisher drei oder vier. "Ziel muss es sein, ein einfaches und übersichtliches Raum-

und Preissystem für ganz NRW anzubieten", so Reinarz.



deutlich, dass das jetzige System viel zu kompliziert und somit für den Kunden

Landesregierung will die Regionalräte entmachten Raumordnungsverfahren kontra GEP-Verfahren



...Widerstand zwecklos...

...die Landesregierung
will regional-politische
Einflussnahme per
Gesetzesänderung stoppen...

Die Landesregierung hat einen Entwurf zur Änderung der Verordnung über den Anwendungsbereich eines Raumordnungsverfahren nach § 23 a Landesplanungsgesetz (LPIG) vorgelegt.

In Zukunft, so das Ziel dieser Verordnung, sollen Raumordnungsverfahren bei allen Maßnahmen durchgeführt werden, die raumbedeutsam sind und überörtliche Bedeutung haben.

Anwendungsbereich seien dann beispielsweise auch in den meisten Fällen Kraftwerke, Flughäfen und Verkehrsprojekte.

Mit großen Bedenken begegnet der Vorsitzende der CDU Fraktion im Regionalrat Köln, Stefan Götz, diesem Entwurf. Was hier so harmlos klingt, ist nichts anderes als eine Entmachtung der Politik und speziell der Regionalräte.

Ein Raumordnungsverfahren wird alleine von der Bezirksregierung ohne Beteiligung der regional-politischen Gremien durchgeführt. "Auch der potentielle Anwendungsbereich, den die Landesregierung vorgibt, lässt ganz klar erkennen, was damit bewirkt werden soll", so Götz.

Die Landesregierung will den Metrorapid, den Ausbau des Flughafens Düsseldorf und andere Projekte, wo mit Widerstand der Regionalräte zu rechnen ist, nach ihrem Willen durchsetzen. "Diese Art von Demokratieverständnis ist mehr als befremdlich" stellt Stefan Götz für die CDU Fraktion fest.

Die Landesregierung bastelt sich die Gesetze solange zu recht, bis sie in ihrem Sinne passend sind.

Der regionale Konsens, der gerade durch die Schaffung der Regionalräte in NRW das Maß der Dinge werden sollte, steht nun auf der Kippe.

Konzentrationszonen für Windenergieanlagen Planungsstand bei den Städten und Gemeinden

Die Städte und Gemeinden im Regierungsbezirk Köln haben die Möglichkeit, Windenergieanlagen in Teilen ihres Planungsgebietes zu konzentrieren und im restlichen Planungsgebiet auszuschließen.

Diese Konzentrationszonen sind nach der Entwicklung eines schlüssigen Planungskonzeptes im Flächennutzungsplan (FNP) auszuweisen.

Von den 99 Städten und Gemeinden haben 54 bereits einen solchen FNP aufgestellt, in 14 Gemeinden wird gerade

ein entsprechender FNP aufgestellt, während eine Gemeinde noch nach einem ent-



sprechenden Standort sucht. 30 Städte und Gemeinden haben bislang noch keine Planungsschritte unternommen.

Die CDU Fraktion unterstützt die Auffassung der Bezirksregierung, dass hier weiterer Handlungsbedarf besteht und alle Städte und Gemeinden im Regierungsbezirk von dieser Möglichkeit Gebrauch machen sollten.

Rückfragen können an die Bezirksregierung Köln (Frau von Kintzel, Tel.: 0221 / 147-2355) gerichtet werden.



Hier eins und da eins...

...die Städte und Gemeinden setzen auf die Ausweisung von Konzentrationszonen.

Regionalrat beschließt prioritäre Maßnahmen bis 2007 Fortschreibung des ÖPNV-Landesprogramms

Das Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung sammelt derzeit Vorschläge für das ÖPNV-Landesprogramm 2003-2007. Der für die Jahre 2003-2006 vorgegebene Finanzrahmen bleibt unverändert bei 40,5 Mio. Euro.

Für das Jahr 2007 werden voraussichtlich 7,85 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Folgende neue Maßnahmen sind zur Aufnahme in das ÖPNV-Landesprogramm 2003-2007 seitens der Bezirksregierung Köln vorgeschlagen:

Maßnahme	OM	Baulastträger	Ges. k. zwf Zuwen.			Bemerkungen
			Mio €	Mio €	Mio €	
ÖPNV-Verknüpfungspunkt Schiene, Bus, P+R- und B+R-Anlagen Bf. Rösrath	97 02 15	Rösrath	2,86	2,12	1,91	In Prioritätenliste ZOB übernächster Platz. Nächster Platz wäre die Großmaßnahme Horrem. Die im Zuge des ZOB notwendige Gesamtmaßnahme (P+R-Palette, Fußgängerbrücke über gesamte Bahnanlage und ZOB ca. 8 Mio €) jedoch für eine Aufnahme in dieses Programm zu teuer.
P+R-/B+R-Anlage/Busverknüpfung am S-Bahnhaltepunkt (S 13) Merzenich; 1. Baustufe: fußläufige Anbindung der L 264	01 34 00	Merzenich	1,85		1,00	Notwendige Ergänzung durch P+R-Plätze, da ansonsten Haltepunkt "auf grüner Wiese" ohne Infrastruktur
Erichtung eines ZOB, einer P+R-/B+R-Anlage am Bf in Bad Münstereifel (inklusive Bahnsteig)	02 13 80	Bad Münstereifel	2,22	2,22	2,00	In der Liste der 2002 noch nicht endgültig bewerteten ZOB's wegen Unsicherheit beim Bau des Bahnsteigs weit vorne. Durch Mitfinanzierung des Bahnsteigs (Kostenerhöhung von 1,1 Mio €) Realisierung jetzt möglich. Als verkehrlich sinnvoller Neubau an DB-Bahnhof sehr hoch einzustufen. Bei Neuordnung auf gleicher Stufe mit Rösrath.
Vorlaufbetrieb der Regionalbahn Aachen, Teil der 2. Ausbaustufe, Neubau der Strecke Weisweiler-Langerwehe, 2500m	01 04 00	EVS	9,00	9,00	2,00	Vertraglich zugesichert. Kostensenkung durch Umplanung. Verbleibender Bedarf von 8-9 Mio € soll in Absprache mit dem AVV aus Betriebsmitteln bereitgestellt werden, die aufgrund fehlender Infrastruktur noch nicht verwendet werden können.
ÖPNV-Anteil an der Verstärkung und Ausbau der Kennedy-Brücke in Bonn	99 11 10	Bonn	33,95	3,30	1,50	ÖPNV-Anteil ergänzt die bereits vorliegende IV-Förderung. Weitere 1,5 Mio € für 2004 - 2008 vorgesehen.
Behindertengerechter Zugang zur Unterführung (Ost) und Bahnsteig 1 im Bf Leverkusen-Schlebusch	01 27 90	Leverkusen	0,28	0,28	0,10	Vorsorge ist genehmigt

Die Regionalratsvorlage zur Fortschreibung des ÖPNV-Landesprogramms (Drs.Nr. RR 124/2003; TOP 13 der 14. RR-Sitzung) finden Sie auf den Internetseiten der Bezirksregierung Köln (www.bezreg-koeln.nrw.de) in der Rubrik "Regionalrat".

Kurzmeldungen

Landesförderung sinkt weiter

Der Regionalrat Köln hat in seiner Sitzung am 23. Mai 2003 die Jahresförderprogramme für die Bereiche Tourismus, Naturschutz- und Landschaftspflege, Wasserwirtschaft und Abfallbeseitigung/Altlasten verabschiedet.

Die finanzielle Misere des Landes wirft auch über diese Förderkulisches ihre Schatten.

Die Zahl der förderfähigen Projekte steht in

den meisten Fällen in einem extremen Missverhältnis zu den wirklichen Förderungen. Die abzuarbeitenden Listen wachsen stetig an.

In immer mehr Fällen ist mit einer Förderung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Prioritäten im regionalen Konsens festgelegt

Die im Dezember 2002 vom Regionalrat beschlossenen Fördermaßnahmen in den Bereichen Stadtverkehrsförderung, Landesstraßenbau und Radwegebau sind, bis auf zwei Ausnahmen die erst in 2004 umgesetzt werden sollen, alle in die jeweiligen Programme für 2003 aufgenommen worden.

The screenshot shows the website layout with various menu items: **AUFBAUEBEN** (Aufgaben des Regionalrates), **TERMINE** (aktuelle Sitzungs- und sonstige Termine), **ANFRAGEN** (Anträge und Anfragen an die CDU-Fraktion), **MITGLIEDER** (Liste der Mitglieder des Regionalrates), **PRESSPRESSE** (aktuelle Pressemitteilungen und Veröffentlichungen der CDU-Fraktion), **KONTAKT** (Tafel für die CDU-Mitglieder in Verbindung mit E-Mail, Telefon, Fax u. Brief), and **LINKS** (Die CDU im Internet). A pie chart displays the distribution of mandates: SPD (15), CDU (23), GRÜNE (4), and FDP (2).

Besuchen Sie uns im Internet:

www.cdu-regionalrat-koeln.de



CDU – Fraktion
im Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

Zeughausstr. 2-10
50667 Köln
Telefon: 0221 / 139 54 46
Fax: 0221 / 139 54 51

E-Mail: info@cdu-regionalrat-koeln.de

Internet: www.cdu-regionalrat-koeln.de

Sitzungstermine des Regionalrates Köln und seiner Kommissionen im Jahr 2003

Sitzungen des Regionalrates:

Freitag, den 25. Juli 2003, 10.30 Uhr
Freitag, den 17. Oktober 2003, 10.30 Uhr
Freitag, den 19. Dezember 2003, 10.30 Uhr

Sitzungen der Verkehrskommission:

Freitag, den 10. Oktober 2003, 10.30 Uhr
Freitag, den 12. Dezember 2003, 10.30 Uhr

Sitzungen der Unterkommissionen der Verkehrskommission:

UK Aachen: Montag, den 15. September 2003, 10.30 Uhr
UK Bonn: Dienstag, den 16. September 2003, 10.30 Uhr
UK Euskirchen: Mittwoch, den 17. September 2003, 10.30 Uhr
UK Gummersb.: Donnerstag, den 18. September 2003, 10.30 Uhr

Sitzungen der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen:

Freitag, den 11. Juli 2003, 10.30 Uhr
Freitag, den 5. Dezember 2003, 10.30 Uhr (?)

Sitzungen der Entsorgungskommission:

Freitag, den 5. Dezember 2003

Der Vorstand der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln / Impressum

Vorsitzender

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

Stellvertr. Vorsitzende:

Heidi Rackwitz-Zimmermann,
Rhein-Sieg-Kreis
Hans-Josef Heuter,
Kreis Heinsberg

Beisitzer:

Dieter Heuel,
Rhein-Sieg-Kreis
(Vors. Verkehrskommission)

Prof. Dr. Erhard Möller,
Stadt Aachen
(Vors. Braunkohlenausschuss)
Dr. Dieter Pesch,
Kreis Euskirchen
(Stellv. Vors. Kommission für
Regionalpl. u. Strukturfragen)

Vorsitzender des
Regionalrates Köln:
Gerhard Lorth, MdL,
Stadt Bonn

Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführer
Carsten Mannheims
Zeughausstr. 2-10
50667 Köln

Tel.: 0221 / 139 54 46
Fax: 0221 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de

